

**S t a d t H a a n**  
Niederschrift über die  
**2. Sitzung des Sozial- und Integrationsausschusses der Stadt Haan**  
am Mittwoch, dem 12.11.2014 um 17:00 Uhr  
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:  
17:00

Ende:  
20:15

**CDU-Fraktion**

Stv. Marlene Altmann  
Stv. Nadine Bartz  
AM Karl-Ernst Dörfler  
AM Dr. Dieter Gräßler  
Stv. Klaus Mentrop  
Stv. Monika Morwind

Vertretung für AM Wolfgang Goeken

**SPD-Fraktion**

Stv. Julia Klaus  
Stv. Simone Kunkel-Grätz  
Stv. Jan-Hendrik Petersen  
AM Michael Schneider  
Stv. Bernd Stracke

Vertretung für AM Ilkay Solmaz

**WLH-Fraktion**

Stv. Achim Metzger  
AM Dieter Terjung

**GAL-Fraktion**

Stv. Jochen Sack  
Stv. Elke Zerhusen-Elker

Vertretung für AM Silvia Ramsel

**FDP-Fraktion**

AM Eva-Lotta Dahmann

Vertretung für AM Dirk Raabe

**AfD-Fraktion**

AM Karin Rottmann

**Schriftführer**

StOVR Udo Thal

**Vertreter des Seniorenbeirates**

Herr Karlo Sattler

**Verwaltung**

Bürgermeister Knut vom Bover  
1. Beigeordnete/r Dagmar Formella  
GSB Marion Plähn

**Gäste**

AM Heinrich Beyll  
Herr Büqué

**Der Vorsitzende Bernd Stracke** eröffnet um 17:00 Uhr die 2. Sitzung des Sozial- und Integrationsausschusses der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

## **Öffentliche Sitzung**

### **1./ Bericht des Senior(inn)enbeirates der Stadt Haan**

---

#### **Protokoll:**

Herr Sattler berichtet

- eine fünfte gespendete Bank sei inzwischen am Standort „Alter Markt“ aufgestellt worden.
- die Ohligser Str. sei in weiten Bereichen nicht mit einem Bürgersteig ausgestattet, auch von Bürgern sei dies gegenüber dem Senior(inn)enbeirat problematisiert worden. Von der Verwaltung sei die Auskunft erteilt worden, zur Schulwegsicherung sei Einplanung von Mitteln in den Haushalt 2015 beabsichtigt. Ein Ausbau käme dann auch Seniorinnen und Senioren zu Gute.
- die Wohnsituation für ältere Menschen, insbesondere für alleinstehende ältere Frauen sei in Haan unbefriedigend; ggf. wegen der Größe der Wohnung sowie bei einer geringen Rente sei die Mietzahlung schwierig und es drohe im Alter Umzug.
- in Haan gäbe es aktuell rd. 1.100 öffentlich-geförderte Wohnungen, dies entspräche im Verhältnis zum Gesamtwohnungsbestand einer Quote von nur 7,5 %.

### **2./ Bericht über die Arbeit der Koordinierungs-, Kontakt- und Beratungsstelle (KoKoBe) im Kreis Mettmann für Menschen mit Behinderung**

---

#### **Protokoll:**

Herr Büqué berichtet an Hand einer Präsentation (siehe Anlage) über die Arbeit der KoKoBe und beantwortet anschließend Fragen von Ausschussmitgliedern.

### **3./ Ehrenamtliche/r Behindertenbeauftragte/r der Stadt Haan - Weiteres Verfahren** **Vorlage: 51/019/2014/1**

---

#### **Protokoll:**

Die Verwaltung führt in die Vorlage ein und fasst die Beratung aus der Sitzung des Sozial- und Integrationsausschusses am 10.09.2014 zusammen. Die Nachfrage bei

---

der Bewerberin und den Bewerbern habe ergeben, dass vier Personen für eine „Team-Lösung“ zur Verfügung stünden.

Der Vorsitzende führt aus, bei entsprechender Empfehlung heute könne die für eine „Team-Lösung“ erforderliche Satzungsänderung im nächsten HFA / Rat auf den Weg gebracht werden.

CDU-Ratsfraktion:

Favorisiert werde die „Team-Lösung“ und entsprechend beschlussmäßig unterstützt.

SPD-Ratsfraktion:

Die „Team-Lösung“ werde für eine geeignete Lösung gehalten, auch wenn Hauptamtlichkeit befürwortet werde.

GAL-Ratsfraktion:

Erinnert werde an die zurückliegende Aufgabenerfüllung, dieser Umfang könne nur hauptamtlich geleistet werden. Auch bei einer „Team-Lösung“ müssten die Rahmenbedingungen stimmen, wie z. B. die Verfügbarkeit einer Tagungsstätte, notwendiger Materialien etc. Die Rahmenbedingungen seien durch die Verwaltung zu regeln.

WLH-Ratsfraktion:

Richtig sei, eine hauptamtliche Stelle einzurichten. Alternativ solle über einen Beirat nachgedacht werden. Ehrenamtlich tätige Personen seien ausreichend zu qualifizieren.

1. Bgo. Formella erinnert an die Diskussionen und Verfahren in den vergangenen Jahren. Hauptamtliche Aufgabenwahrnehmung verursache erhebliche Personalkosten. Diese zusätzliche Belastung sei freiwilliger Aufwand und mit dem Haushaltssicherungskonzept nicht vereinbar. Nach entsprechender Beschlussfassung werde die Verwaltung zusammen mit dem „Team“ das operative Geschäft regeln und gestalten. Eine tiefgehende Qualifikation der Ehrenamtler sei unrealistisch, über Schnittstellen in der Verwaltung sei die weitgehende Betreuung durch die Verwaltung – wie bisher – gewährleistet.

Der Vorsitzende weist auf die zurückliegenden Diskussionen sowie das Ausschreibungsverfahren hin, das Verfahren jetzt auszudehnen, sei nicht zielführend. Die „Team-Lösung“ im Ehrenamt stelle ein Kompromiss dar. Auf Grund Erfahrungen bzw. nach Prüfung sei zu einem späteren Zeitpunkt weiterhin auch eine andere Entscheidung möglich.

Zum Ratsbeschluss vom 07.11.2006 (Aufwandsentschädigung) besteht im Ausschuss Konsens, dass eine Gleichbehandlung für alle bestellten Behindertenbeauftragten zu erfolgen habe und allen Bestellten eine Aufwandsentschädigung zu gewähren sei.

**Beschluss:**

1. Der Sozial- und Integrationsausschuss empfiehlt dem Rat zu beschließen, aus den vorliegenden Bewerbungen mehrere Personen („Team-Lösung“) als Behindertenbe-

---

auftragte zu bestellen.

2. Der Sozial- und Integrationsausschuss empfiehlt dem Rat, die Satzung über die Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderung in der Stadt Haan vom 04.12.2006 entsprechend der empfohlenen „Team-Lösung“ zu ändern und beauftragt die Verwaltung, zu den Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses am 09.12.2014 und des Rates am 16.12.2014 eine entsprechende Satzungsänderung vorzulegen.

3. Der Sozial- und Integrationsausschuss beauftragt die Verwaltung, zum Ratsbeschluss vom 07.11.2006 zu den Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses am 09.12.2014 und des Rates am 16.12.2014 einen gleichbehandelnden Beschlussvorschlag vorzulegen.

### **Abstimmungsergebnis:**

zu 1.) 16 Ja- und 1 Nein-Stimme

zu 2.) einstimmig

zu 3.) einstimmig

### **4./ Standorte Übergangwohnheime für Flüchtlinge - Weiterentwicklung - Festlegung eines neuen zusätzlichen Standortes Vorlage: 51/022/2014**

---

### **Protokoll:**

1. Bgo. Formella stellt die aktuellen Fakten dar,

- derzeit seien 183 Flüchtlinge untergebracht, für kommende Woche seien weitere 11 Personen zugewiesen worden,
- die ursprüngliche Planung aus Frühjahr 2014 (siehe auch Szenario 2 aus Vorlage 65/070/2014) mit 170 Personen zu Ende d. J. sei somit bereits überschritten, es müsse davon ausgegangen werden, dass diese Entwicklung sich fortsetze,
- das neue Wohncontainergebäude Ellscheid II sei mit den vorgenannten zusätzlichen Zuweisungen weitgehend belegt und
- derzeit stünde nur eine freie Ressource (ehem. Musikschule Dieker Str. mit 30 - 40 Plätzen – abhängig von den Familienstrukturen) zur Verfügung.

Sie reflektiert die Beschlusslage vom 06.05.2014 und führt aus, zum Standort „Kampheider Str.“ werde in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr am 25.11.2014 der Aufstellungsbeschluss vorgelegt.

Der Beschlussvorschlag „Neandertalweg“ sei bei Erarbeitung der Vorlage eine notwendige Maßnahme gewesen. Inzwischen habe sich aus einem Gespräch des Planungsausschusses mit dem Kreis am letzten Freitag der Umstand ergeben, dass eine Nutzung des Standortes „Neandertalweg“ für 2 – 3 Jahre rechtlich möglich und optional 5 Jahre Nutzungsdauer vorstellbar seien. Im Hinblick auf die erforderlichen erheblichen Finanzmittel (Miete bzw. Kauf rd. 1,8 Mio. € plus rd. 0,2 Mio. € für Herrichtung) sei

---

eine kurzzeitige Nutzung des Standortes finanziell nicht zu rechtfertigen. In der Vorlage seien die aktuellen Standorte und die teilweisen Problemlagen dargestellt.

Zum Beschlussvorschlag 2. der Vorlage 51/022/2014 führt sie aus, im Haushalt 2014 seien keine investiven Mittel für eine neue Unterkunft enthalten, deshalb und um kurzfristig handeln zu können, sei die Unterscheidung hinsichtlich der kurzzeitigen Anmietung mit anschließender Kaufoption dargestellt worden.

Bürgermeister vom Bovert erklärt, die Verwaltung versuche, eine weitere schriftliche Zusage zu erhalten, vorbehaltlich der Zustimmung der „Unteren Landschaftsschutzbehörde Kreis Mettmann“ könne eine Nutzung für 5 – 8 Jahre erfolgen. Jetzt solle eine Empfehlung für den Standort „Neandertalweg“ erfolgen, ohne diese Empfehlung seien weitere Veranlassungen nicht möglich.

AM Schneider führt aus, in der Vorlage sei die Möglichkeit einer Umsetzung der Containeranlage angesprochen und fragt, ob diese Umsetzung später erfolgen könne, wenn die Containeranlage Ellscheid I abgängig sei.

Bürgermeister vom Bovert erklärt, diese Frage zur Umsetzung sei grundsätzlich zu bejahen, jedoch seien Details hierzu zu klären.

1. Bgo. Formella erläutert, die Wohncontaineranlage Ellscheid I werde so lange wie möglich genutzt. Bei unveränderter Entwicklung der Flüchtlingszahlen werde auch die vorgesehene Wohncontaineranlage Kampheider Str. mittelfristig nicht ausreichen, es werde dann ein zusätzlicher Standort erforderlich werden.

Stv. Mentrop erklärt, eine Nutzungsdauer für 2 – 3 Jahre am Standort Neandertalweg sei unwirtschaftlich. Eine Nutzungsdauer von 5 – 8 Jahre sei ein neuer Aspekt und erfordere in der Fraktion eine neue Bewertung.

Die Diskussion über finanzielle Angelegenheiten sei nicht im Sozial- und Integrationsausschuss, sondern an anderer Stelle zu führen.

Er beantrage für die CDU-Ratsfraktion folgende Beschlussfassung:

„Der Sozial- und Integrationsausschuss empfiehlt dem nächsten HFA / Rat, die Verwaltung zu beauftragen, Bestandsimmobilien auf dem freien Markt für Ankauf und Anmietung für Flüchtlinge zur Beschlussfassung vorzulegen.“

Bürgermeister vom Bovert erklärt, die Prüfungen zu Bestandsimmobilien nehme die Verwaltung als laufendes Geschäft wahr.

AM Metzger bittet um Sachstandsmitteilung zur Landesfinanzschule.

Der Vorsitzende führt aus, Gespräche mit dem Land ließen den Schluss zu, die Signalisierung eines ernsthaften Interesses zur Anmietung des Internatsgebäudes der Landesfinanzschule könne zu einem akzeptablen Angebot durch die Bau- und Liegenschaftsverwaltung NRW (BLB) führen. Die Verwaltung solle mit dem BLB Gespräche führen um die Konditionen für eine separierte Anmietung auszuloten. Diese separierte Anmietung sei u. U. gegenüber dem Neandertalweg finanziell günstiger. Folgend könnten der Standort Kampheider Str. in Ruhe weiter entwickelt und ggf. andere, neue Standorte bewertet werden. Bei der Standortbetrachtung sei auch die soziale Komponente zu bewerten, er verweise auf einen entsprechenden Artikel unter

---

Süddeutsche.de (siehe Anlage).

Bürgermeister vom Bover führt aus, betreffend die Landesfinanzschule sei die Möglichkeit für eine separierte Anmietung recht unwahrscheinlich, da die Infrastruktur nicht separiert sei. Er halte es nicht für zielführend, wenn dem Vorsitzenden Informationen vorlägen, die der Verwaltung nicht bekannt seien und bittet, diese Informationen anzureichen. Er halte es nicht für richtig, wenn der BLB als zuständige Behörde gegenüber der Verwaltung eine Erklärung abgäbe und dieses dann auf Grund anderer Informationen im Ausschuss hinterfragt werde. Ausschuss und Verwaltung hätten ein gemeinsames Ziel.

Der Vorsitzende erklärt, die Verhandlungsführung der Verwaltung habe das Thema nicht weitergebracht. Er behalte sich als Ausschussvorsitzender vor, selbst nachzufragen. Die Verwaltung sei mehrmals aufgefordert worden, Fragen im Zusammenhang mit der Anmietung zu klären. Auch sei durch den Ausschuss bereits dargelegt worden, eine Bodenplatte für 200.000 € am Standort Neandertalweg halte man für zu teuer. Er sehe nicht, dass das Baudezernat das Problem erkannt habe. Angesprochene Problemstellungen seien durch das Baudezernat bisher nicht einer Klärung zugeführt worden.

Stv. Sack erklärt, auch er bedaure, dass das Baudezernat nicht sehr unterstützend tätig werde. Der Vorschlag „Landesfinanzschule“ habe in den Ausschusssitzungen eine besondere Priorität gehabt. Der zentrale Standort sei auch wünschenswert unter dem Aspekt der Integration. Gegenüber dem Land solle jetzt das ernsthafte Interesse bekundet werden. Auch alle anderen denkbaren Lösungen stünden nicht kurzfristig zur Verfügung.

AM Schneider fragt, ob die beschlossenen baurechtlichen Änderungen für die Unterbringung von Flüchtlingen zusätzliche Möglichkeiten ergäben, z. B. in einem Gewerbeobjekt an der Landstr.

Bürgermeister vom Bover erklärt, auch Gewerbeobjekte stünden im Focus der Überprüfung. Eine Zuarbeit bzw. Klärung durch das Baudezernat könne nur auf Grund von klaren Vorgaben durch den Ausschuss erfolgen. Er empfehle, den für das Baudezernat zuständigen Beigeordneten zur nächsten Sitzung einzuladen, auch um Zuständigkeiten zu klären.

Stv. Sack hinterfragt, wann die Verwaltung über die Baurechtsänderungen informiere - heute wäre zu hierzu eine gute Gelegenheit gewesen - und die bisherigen Planungen vor dem Hintergrund der Rechtsänderungen überprüft bzw. neu bewertet würden.

Bürgermeister vom Bover führt aus, die Auswirkungen der Baurechtsänderungen seien verwaltungsintern noch nicht abschließend bewertet. Das Baudezernat könne in der nächsten Sitzung eine Auswertung vorlegen.

Stv. Mentrop erklärt, es sei nicht Aufgabe des Ausschusses, für die Flüchtlingsunterbringung geeignete Gebäude bzw. Objekte zu finden, dies sei Aufgabe der Verwaltung. Der Standort Landesfinanzschule müsse nunmehr abschließend durchgeprüft werden.

Stv. Sack beantragt zum Beschlussantrag der CDU-Ratsfraktion, diesen zu ergänzen um die Passagen „, insbesondere betreffend das „Haus Westfalen“ / Landesfinanzschule,“ nach dem Wort „Markt“ und „sowie die Auswirkung der Änderung baurechtlicher Vorschriften darzustellen.“ nach dem Wort „vorzulegen“.

Bürgermeister vom Bovert schlägt für die Darstellung der baurechtlichen Änderungen die Sitzung des Rates am 16.12.2014 vor.

Der Vorsitzende führt aus, dies solle am 25.11.2014 im zuständigen Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr erfolgen.

Der Vorsitzende bittet um Sachstandmitteilung zu dem Thema „Mietpreisbindung“ für die Anmietung von Wohnungen für Flüchtlinge.

1. Bgo. Formella verweist auf eine Mail des Landrats an den Bürgermeister, wonach die Stadt eigenverantwortlich im Rahmen des bestehenden Budgets / HSK handeln kann.

Der Vorsitzende dankt den Akteuren zur Umfeldverbesserung am Standort Ellscheid.

### **Beschluss:**

Der Sozial- und Integrationsausschuss empfiehlt dem nächsten HFA / Rat, die Verwaltung zu beauftragen, Bestandsimmobilien auf dem freien Markt, insbesondere betreffend das „Haus Westfalen“ / Landesfinanzschule, für Ankauf und Anmietung für Flüchtlinge zur Beschlussfassung vorzulegen sowie die Auswirkung der Änderung baurechtlicher Vorschriften darzustellen.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

## **5./ Anfragen**

---

### **Protokoll:**

Zur Anfrage der WLH-Ratsfraktion vom 11.11.2014 in der Angelegenheit „Barrierefreiheit Bushaltestellen in Haan“ besteht im Ausschuss Einvernehmen, dass entweder eine Zuleitung an das zuständige Gremium erfolgt oder eine Antwort zur Niederschrift gegeben wird. AM Schneider ergänzt, der Nahverkehrsplan des Kreises gäbe Antworten zur Anfrage.

Stv. Morwind fragt, ob für einen jugendlichen Flüchtling der Mitgliedsbeitrag für einen Sportverein übernommen werden könne.



---

1. Bgo. Formella erklärt, dass durch die Stadt wegen fehlender rechtlicher Grundlage keine Leistung erfolgen könne. Eine freiwillige Leistung sei nicht mit dem Haushaltssicherungskonzept vereinbar.

---

## **6./ Mitteilungen**

---

### **Protokoll:**

Herr Sattler weist hinsichtlich der Gewährung von Aufwandentschädigungen für Behindertenbeauftragte auf die Gleichstellung der Mitglieder des Senior(inn)enbeirates hin und kündigt einen Antrag für HFA / Rat an.

Er teilt mit, im Zuge des Umbaus errichte die Stadtparkasse Haan eine behindertengerechte, aber nicht barrierefreie Toilettenanlage.

Die Verwaltung gibt die bereits im HFA am 11.11.2014 verteilte Anfrage der FDP-Ratsfraktion zu „Unterbringungskosten von Flüchtlingen“ und die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis (siehe Anlage).